



Am 14. Juni 1937 geboren in Breslau. 1957 Abitur, Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg und Hamburg. 1961 erstes und 1965 zweites Staatsexamen, Regierungsdirektor. 1970 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1973 Innenminister. 1974–1981 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. 1987 Schatzmeister der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1991–94 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. 1994–98 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. 1998–2002 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, dann stellv. Vorsitzender. 2003 Vorsitzender der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe.

Hans-Ulrich Klose

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

„Eine Dreiecksbeziehung: Deutschland – Frankreich – USA“

Es hat in der „community“, dem Kreis von Außen- und Sicherheitspolitikern, der sich immer wieder, geplant oder zufällig, trifft, immer Menschen mit Vorlieben für bestimmte Länder oder auch Kontinente oder Kulturen gegeben. Jürgen Wischniewski: Freund der arabischen Welt, Hans Matthöfer, der sich gut in Lateinamerika auskannte, Egon Bahr, der lieber mit Russen als mit Amerikanern redet, Karsten Voigt, der sich über Jahrzehnte ein amerikanisches Personennetzwerk erarbeitet hat, Karl Lamers, für den Frankreich politisch bevorzugtes Reiseziel war und bis heute geblieben ist, also nicht Amerika, was nicht nur daran lag, dass er nur ungern ein Flugzeug bestieg. Ich selbst gelte als Atlantiker, einer der letzten der SPD, was arg übertrieben ist. Denn es gibt eine Reihe Gleichgesinnter in der SPD-Fraktion. Ich bin aber auch überzeugter Europäer und weiß um die Bedeutung der deutsch-französischen Kooperation. Dennoch würde ich die „Dreiecksgeschichte“ anders titeln: Deutschland – Europa – USA; allerdings auch in dieser Form mit leichten Bedenken. Wer Deutschland an die erste Stelle setzt und nicht unter den Begriff Europa subsumiert, muss der nicht ein deutscher Patriot sein? Ich denke schon, und ebendeshalb meine Bedenken. Sie erklären sich aus meiner Biografie.

Ich wurde 1937 in Breslau geboren, mitten hinein in die Nazi-Diktatur, was ich natürlich damals nicht wusste. Zwei Jahre später begann der 2. Weltkrieg; was das bedeutete, auch das wusste ich damals nicht. An das Ende der Nazi-Zeit und das letzte Kriegsjahr habe ich dagegen kindgemäße Erinnerungen. Es sind Erinnerungen an Bombennächte, die uns in die Keller zwangen, an die Besatzung von Bad Landeck (heute Londek Sdroj), an die Vertreibung 1946 und die ersten sehr harten Jahre in Bielefeld, wohin es die Familie verschlagen hatte. Erst in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts lernte ich dann, mehr durch Bücher sowie Zeitungs- und Radioberichte als durch Erzählungen meiner Eltern, was in den Jahren von 1933 bis 1945 geschehen war. Es war eine bittere Lektion, die es mir lange schwer, sogar unmöglich machte, an Deutschland in den Kategorien eines Nationalstaates und mit patriotischen Gefühlen zu denken. Wie kann man ein deutscher Patriot sein nach Auschwitz – das war die Frage, die mich umtrieb. Man kann es, ich habe es über die Jahre gelernt, weil ich gelernt habe, meine deutsche Identität europäisch zu definieren. Und damit kommt Frankreich ins Spiel.

Frankreich – das war mir schon sehr früh sehr bewusst – würde über Deutschlands Rückkehr in die europäische Völkerfamilie entscheiden. Wenn die Franzosen uns annähmen, wenn es den Erzfeinden gelänge, eine gemeinsame europäische Partnerschaft zu entwickeln, dann hätte vielleicht die europäische Einigung eine Chance. Viele dachten so, vor allem in Deutschland, während es in Frankreich galt, ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber Deutschland zu überwinden. Das war mühsam genug: Auf französischer Seite überwog lange Zeit der Wunsch, Deutschland zu neutralisieren und schwach zu halten. Sehr deutlich wurde dies bei einer Unterredung, die am 03. April 1949, also am Vorabend der

NATO-Gründung, im Weißen Haus in Washington stattfand. Teilnehmer waren der amerikanische Präsident, der Secretary of State, der Secretary of Defence sowie die europäischen Außenminister des Atlantikpaktes. Gesprochen wurde über die Bedrohung des Westens/Westeuropas durch die Sowjetunion und eine in den USA entwickelte „Grand Strategy“, deren Ziel es war, die Bedrohung abzuwehren. Kernpunkt war eine geänderte Politik der westlichen Länder gegenüber Deutschland und Japan. Die entscheidende Passage im Protokoll, genannt Memorandum of Conversation, lautete so:

„We urge that the Western powers adopt a joint policy of encouraging German economic revival, accelerating the development of democratic institutions, and actively combating Soviet subversions. Such a policy does not envisage the abandonment of adequate security controls through the prohibition of specific key industries on, or even prohibition of, any armed forces. It does, in the opinion of our German experts, require encouragement of a reasonably centralized West German government with judicious checks and balances between federal and state powers, removal of restrictions on German economic recovery and a gradual integration of Germany into the Western European bloc.“ Und weiter: *„We feel that there exists a sound method of preventing Germany from becoming a menace to Western security while still orienting her toward the West. It lies in the integration of the Reich as a fullfledged partner in an increasingly unified Western Europe.“*

Zustimmend hat sich, laut Protokoll, zunächst nur der Belgier Spaak geäußert, während insbesondere der französische Außenminister Schuman sich zweimal explizit dagegen aussprach: „While such a policy would be most desirable if we could rely on German democratization and westward orientation, France, with a history of three invasions in seventy years, has grave doubts of its success. Perpetual neutralization of Germany, a policy to which the Russians, too, having had some experience of German invasions, might agree, appears to us the ideal solution.“ Und weiter: „France has already favoured such a policy but believes it must be done in a context of continued strict security controls and by keeping Germany decentralized and weak.“

Auch der englische Außenminister Bevin äußerte sich skeptisch, er forderte zudem die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft, weil nur so demokratische Kontrolle möglich sei – die Amerikaner reagierten kühl. Anders als Bevin hatte sich Jahre zuvor (1946) ein anderer Engländer, Winston Churchill, in seiner berühmten Züricher Rede geäußert: Ziel der Nachkriegsordnung müsse ein gestärktes UN-System sein und in Europa eine regionale Struktur, die man die Vereinigten Staaten von Europa nennen könne. Anfangen sollte man mit einem Council of Europe. Frankreich und Deutschland müssten zusammen führen. In gleicher Weise äußerte sich Churchill noch einmal im August 1949.

Churchill war es auch, der im März 1950 und dann noch einmal im August des gleichen Jahres (nach Ausbruch des Korea-Krieges) eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung forderte, die eng mit den USA kooperieren sollte. Der damalige US-Außenminister Acheson stimmte zu. Frankreich dagegen zögerte und konnte sich eine solche Lösung, wenn überhaupt, dann nur mit der Maßgabe vorstellen, dass die deutschen Truppen ganz und gar in dem europäischen Streitkräfteverbund aufgehen sollten.

Sie wissen alle, wie es dann weiterging. Ein Vertrag, der sog. EVG-Vertrag, kam nach langem Hin und Her, nicht zuletzt auf Druck der USA, zustande, fand aber nicht die Zustimmung in der französischen Nationalversammlung, die ihn 1954 ablehnte. Ein Jahr später, am 9. Mai 1955, wurde die Bundesrepublik Deutschland dann Mitglied der NATO.

Frankreich hatte bis zuletzt Bedenken. Die französische Regierung stimmte erst zu, nachdem die USA erklärt hatten, dauerhaft und garantiert Streitkräfte in Europa zu stationieren, und nach einer Verzichtserklärung der Bundesrepublik Deutschland, atomare, biologische und chemische Waffen herzustellen.

Warum erzähle ich Ihnen das alles? Weil der skizzierte geschichtliche Ablauf beides belegt: den Realismus und die Weitsicht der amerikanischen Politik und das lange anhaltende Misstrauen Frankreichs gegenüber Deutschland. Aus französischer Sicht war auch der in den 50er-Jahren anlaufende europäische Einigungsprozess in erster Linie ein Versuch, Deutschland europäisch einzubinden. Dass der Prozess dann aber im späteren Verlauf eine andere, eine genuin europäische Richtung nahm, ist großen politischen Persönlichkeiten zu verdanken. Ich nenne an erster Stelle Konrad Adenauer und Charles de Gaulle.

Das Verhältnis der beiden zueinander war anfänglich unterkühlt. De Gaulle fürchtete für die Zukunft deutsche Revanche-Gelüste. Er war aber zugleich ein großer Stratege, der Europa als Korsett und Chance begriff. Soweit ich mich erinnere, war es vor allem das Treffen Adenauers mit de Gaulle auf dessen Landsitz in Colombeyles-deux-Eglises (1958), das die beiden Staatsmänner einander näherbrachte. De Gaulle fasste Vertrauen zu Adenauer und umgekehrt. Vier Jahre später fuhr Adenauer auf Staatsbesuch nach Frankreich. De Gaulle gestaltete diesen Besuch mit großer Sorgfalt als Akt der Versöhnung der beiden Staaten im Zentrum Europas. An den Gegenbesuch von de Gaulle in der Bundesrepublik im September 1962 erinnere ich mich auch sehr persönlich, da ich zu denen gehörte, die auf dem Hamburger Rathausmarkt zusammengekommen waren, um den Besucher zu sehen und zu hören. Der Auftritt war triumphal und wurde so auch wahrgenommen, vor allem in Frankreich. Im Januar 1963 unterzeichneten die beiden, Adenauer und de Gaulle, in Paris den Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit, den sog. Élysée-Vertrag, das Dokument der deutsch-französischen Kooperation.

Ich habe es immer so gesehen: dass die deutsch-französische Aussöhnung und die Begründung der dauerhaften Kooperation die herausragende außenpolitische Leistung Adenauers gewesen ist. Spätere Kanzler konnten in gesicherten Strukturen daran anknüpfen und haben das auch getan: Willy Brandt mit Georges Pompidou, Helmut Schmidt, dessen persönliche Freundschaft mit Giscard d'Estaing bis zum heutigen Tage hält, Helmut Kohl und François Mitterand, dessen Haltung in den Zeiten des Umbruchs in Europa nicht eindeutig und in Sachen deutsche Einheit zumindest zögerlich war. Es war, einmal mehr, ein amerikanischer Präsident, George Bush sen., der französische und englische Einwände beiseiteschob und sich damit einmal mehr als realistisch denkender Partner der Bundesrepublik Deutschland bewährte. Der Präsident bot den Deutschen damals eine *partnership in leadership* an. Die Reaktion von Bundeskanzler Kohl war, vorsichtig formuliert, verhalten. Ob man das Verhältnis von Gerhard Schröder zu Jacques Chirac freundschaftlich nennen soll, weiß ich nicht. Die beiden hatten zum Teil heftige Auseinandersetzungen, kamen sich aber – man könnte sagen aus schierer Not – näher in der europäisch-amerikanischen Debatte über den Irak-Krieg. Diese Debatte hat das Dreiecksverhältnis Deutschland, Europa, USA und die europäische Landschaft nachhaltig verändert. Die amerikanische Führung war tief enttäuscht, vor allem über die deutsche Haltung, und wütend über falsche Gesten und Worte, die es auf beiden Seiten gegeben hatte.

Am schlimmsten war der Bush-Hitler-Vergleich einer deutschen Ministerin. Die Mehrheit der europäischen Regierungen stellte sich auf die

Seite der USA und reagierte empört auf eine Bemerkung von Chirac: „Dies (der Streit um den Irak-Krieg) wäre eine gute Gelegenheit gewesen, den Mund zu halten.“ Dieser Streit war das Ende der deutsch-französischen Führungsrolle in der EU und veränderte den Blick der USA auf Europa. Man befürwortete dort weiterhin den Prozess der europäischen Einigung, war aber wenig erfreut über ein Europa, das sich unter deutsch-französischer Führung zu einer Art counter balancing power entwickeln könnte. Es waren keine guten Jahre für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, die allerdings auf der Arbeitsebene besser funktionierte, als bisweilen unterstellt wurde. Otto Schily hat daran einen großen Anteil; desgleichen die Jahrestreffen der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe mit der Congressional Study Group on Germany. Von einer partnership in leadership war jedoch keine Rede mehr.

Der Regierungswechsel, zuerst in Berlin, später in Paris und noch später in Washington, hat die Dreiecksgeschichte verändert, und zwar zum Guten. Ich war in Washington, als Angela Merkel erstmals als Kanzlerin anreiste. „Ein Besuch bei Freunden“, sagte sie und wurde mit Freude empfangen, wobei ich nicht sicher war, ob die Freude ungeteilt ihr galt oder doch mehr der Tatsache zu danken war, dass es nicht mehr Schröder war, mit dem man es zu tun hatte. Dabei war die Kanzlerin durchaus nicht „pflegeleicht“. Sie schickte keine deutschen Soldaten in den Irak, sie kritisierte Guantanamo und bestand – vergeblich – auf Zugeständnissen in Sachen Klima. Sie tat es aber auf eine nichtkonfrontative Weise und hatte zudem den Vorteil persönlicher Glaubwürdigkeit, wenn sie über Freiheit sprach.

Deutschland unter neuer Führung wurde jedenfalls – das war offensichtlich – wieder als Partner wahrgenommen, während Frankreich unter Chirac weiterhin in der Kritik blieb und gewissermaßen außen vor. Nicht Chirac, erst Sarkozy konnte die Sperre überwinden. Er tat es in seiner Art, geradezu überschwänglich, als – wie er sagte – „amerikanischer“ Präsident der Franzosen. Mein Eindruck war, dass dies in Washington zunächst mit Skepsis beobachtet, später aber doch ernst genommen wurde, zumal Sarkozy seinen freundlichen Worten Taten folgen ließ, als er insbesondere die Rückkehr Frankreichs in die NATO-Strukturen ankündigte (mit Ausnahme der nuklearen Komponente, die französisch bleibt). Ohne weiter ins Detail zu gehen, bleibt festzustellen, dass beide, Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, sich deutlich von ihren Vorgängern im Amt distanzieren und damit eine neue Phase transatlantischer Kooperation einleiten; freilich ohne allen Wünschen der Bush-Administration zu entsprechen – ich erinnere zum Beispiel an die amerikanischen Bemühungen, Georgien und die Ukraine alsbald in den NATO-Membership Action Plan aufzunehmen. Er scheiterte vor allem an Merkel und Sarkozy. Kooperativ zeigte sich Sarkozy bei der Neuausrichtung der französischen Europapolitik, indem er Merkmals Bemühungen, die Kernpunkte des Verfassungsvertrages zu retten, nicht nur akzeptierte, sondern tatkräftig unterstützte, als er z.B. in Polen, bei den Kaschynski-Brüdern, für den EU-Reformvertrag warb.

Ist also alles in Ordnung im deutsch-französischen Verhältnis? In der Dreiecksgeschichte Deutschland, Europa, USA, seit auch in Washington ein Führungswechsel stattgefunden hat? Ja und nein. Ja, weil Frankreich sich – wenn man so will – europäisch zurückgemeldet hat. Weil die transatlantischen Animositäten überwunden sind, weil sich alle drei erkennbar um eine bessere Abstimmung ihrer Politiken bemühen. Nein, weil sich die Welt am Ende des 20. Jahrhunderts verändert hat und weiter nachhaltig verändern wird. Was meine ich damit?

Folgendes: Amerikas strategische Sicht auf die Welt und speziell auf Europa hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges verändert. Europa

bleibt Partner der USA und umgekehrt, steht aber nicht mehr im Mittelpunkt des amerikanischen strategischen Interesses. Europa gilt, vor allem im Westen, dem alten Europa, als befriedet und keiner besonderen Fürsorge mehr bedürftig. Amerika blickt heute vor allem nach Osteuropa und darüber hinaus auf den Mittleren Osten, auf Zentralasien und auf die neuen asiatischen Mächte, China und Indien zuerst, und Japan. Deutschland wird noch immer wahrgenommen als wichtiges europäisches Land, ist aber nicht mehr ganz so wichtig, wie es als Konfliktland im Kalten Krieg gewesen ist. Die Türkei ist heute aus amerikanisch-strategischer Sicht wichtiger als Deutschland – ein Blick auf die Landkarte lässt erkennen, warum. Die ersten Auslandsbesuche von Hillary Clinton und Präsident Obama zeigen zudem sehr deutlich die amerikanische Sicht. Frau Clinton fuhr nicht zuerst zu den europäischen Verbündeten, sondern nach Asien und eben auch in die Türkei. Obama fuhr zum G-20-Gipfel nach London, kam zum NATO-Jubiläum nach Deutschland und Frankreich, die das Geburtstagsfest gemeinsam ausrichteten, fuhr weiter zum EU-Amerika-Gipfel nach Prag, besuchte die Türkei und unterstützte dort demonstrativ deren baldige EU-Mitgliedschaft, die Merkel und Sarkozy ablehnen. Amerika richtet Verhandlungsofferten an die muslimische Welt, an den Iran (verfrüht, finde ich), an Russland, Indien und bemüht sich um ein besseres Verhältnis zu seinen lateinamerikanischen Nachbarn. Europa? Als global player wird Europa nicht, nicht mehr oder noch nicht wahrgenommen. Dabei hätte Europa durchaus das Potenzial, eine globale Rolle zu spielen, wenn es einig wäre, mit einer Stimme spräche, seine Fähigkeiten und Kräfte bündelte. Das aber geschieht nicht, weil es an Führung mangelt – die deutsch-französische Führungsleiste ist noch nicht wieder wirksam und anerkannt; und weil wir in der EU eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Tendenz zur Re-Nationalisierung erkennen; heftig in einigen osteuropäischen Ländern, aber nicht nur dort, auch in einzelnen westeuropäischen Ländern gibt es populistisch-nationale Entwicklungen, in den Niederlanden z.B., schwächer in Frankreich und Deutschland, aber auch dort unübersehbar. Erinnern Sie sich an eine Aussage von Gerhard Schröder, sie lautete: „Über existenzielle Fragen der deutschen Außenpolitik wird in Berlin entschieden und sonst nirgendwo.“

Zweimal hat er das gesagt, also kein Zufall. Und war es nicht Chirac, der in Nizza für ein höheres Stimmgewicht Frankreichs mit dem Argument kämpfte, Frankreich sei schließlich Nuklearmacht? Das war eines seiner Argumente. Und Sarkozy? Frankreich bleibe eine Militärmacht, sagte Sarkozy in München, genauer eine Nuklearmacht, „inevitably independent“.

Keine Sorge: Ich sehe weder Deutschland noch Frankreich auf dem Weg zurück in eine nationalstaatliche Vergangenheit; aber ich sehe auch in den nächsten Jahren keine größeren Integrationsfortschritte in der EU. Und an eine integrierte europäische Außenpolitik glaube ich schon gar nicht. Ich jedenfalls werde das nicht erleben. Was nicht heißt, dass ich pessimistisch und ohne Hoffnung wäre. Das nicht, weiß ich doch, weil ich es miterlebt habe, dass Europa alles in allem eine unglaubliche Erfolgsgeschichte ist, die entweder gar nicht oder schlecht erzählt wird, wie die jüngsten Europawahlen gezeigt haben. Es werden – fürchte ich – noch viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte ins Land gehen, ehe Europa wird, wovon die Sozialdemokraten schon 1925 in ihrem Heidelberger Programm und Winston Churchill 1949 in seiner Züricher Rede gesprochen hat: die Vereinigten Staaten von Europa. Für dieses Ziel zu arbeiten bleibt dennoch oder ebendeshalb die selbst gewählte Aufgabe der deutschen, der französischen, der europäischen Politik. ■